



Nr. 2

SCHNELLINFORMATION DER BIBLIOTHEK

7. Februar 2007

M 582145
M 582146

ENDSTATION Misstrauen? : Einsichten und Aussichten für Politik und Gesellschaft / Kerstin Plehwe (Hrsg.). [... mit Fachbeitr. von Hansjörg Elshorst ...]. - 1. Aufl. - Berlin : Helios Media, 2006. - 305 S.
Mit Beitr. von Wolfgang Gerhardt, Gregor Gysi, Steffi Lemke, Peter Müller, Dirk Niebel, Peter Radunski, Jürgen Rüttgers

Herausgeberin dieses Sammelbandes ist die Vorsitzende der überparteilichen Initiative ProDialog, einer 2005 gegründeten Vereinigung zur Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Politik. In diesem Sinne legen Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien ihre Vorstellungen dar, wie der wachsenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken sei. Flankiert werden die Vorschläge der „Praktiker“ von Analysen und Anregungen von Politikwissenschaftlern und Vertretern gesellschaftlicher Interessengruppen, die vor allem auf eine verbesserte Kommunikation zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern abzielen.

(es)

P 5117125

KINZIG, Silke: Auf dem Weg zur Macht? : Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und US-amerikanischen Regierungssystem / Silke Kinzig. - 1. Aufl. - Wiesbaden : VS, Verl. für Sozialwiss., 2007. - 278 S. : graph. Darst. - (Forschung Politik)
Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2006

Im Rahmen eines Ländervergleichs zwischen Deutschland und den USA analysiert die Autorin die Ursachen für eine fortwährende Unterrepräsentation von Frauen in der Politik. Differenziert betrachtet sie dabei alle Ebenen des politischen Systems bis hin zur Judikative.

(es)

P 5117158

ANDERL, Thorsten: Gesetzgebung und kooperatives Regierungshandeln : eine rechtstatsächliche und verfassungsrechtliche Untersuchung am Beispiel des 14. und 15. Deutschen Bundestages / Thorsten Anderl. [Juristische Fakultät an der Humboldt-Universität zu Berlin]. - Berlin : BWV, Berliner Wiss.-Verl., 2006. - 339 S. - (Berliner juristische Universitätschriften : Reihe öffentliches Recht ; 29)
Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2006

Im Hinblick auf die verstärkte Einsetzung von Expertengruppen zur Unterstützung aktueller Gesetzgebungsvorhaben während der 14. und 15. Wahlperiode analysiert der Autor kooperatives Staatshandeln und dessen Ursachen als eine Form der politischen Willensbildung. Problematisiert wird einerseits der Verlust parlamentarischer Gestaltungsmacht, andererseits der verfassungsrechtlich bedenkliche Zugang außerparlamentarischer Experten zum staatlichen Willensbildungsprozess. Der Autor kommt dabei zu dem Ergebnis, dass ohne Schaffung eines rechtlichen Rahmens der Konflikt zwischen staatlich-gesellschaftlicher Zusammenarbeit und staatlicher Gemeinwohlverpflichtung nicht beseitigt werden kann.

(pm)